

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 3. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.01.2005**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 21:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Sabine Wolff	Neues Forum	bis 20:45 Uhr
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	bis 19:30 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	
Herr Wolfgang Aldag	SKE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	bis 18:45 Uhr
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	
Herr Eberhard Doege		
Frau Uta Balleyer		
Frau Rita Lachky		
Herr Lutz Müller		
Frau Gudrun Beitz		
Frau Mandy Pabst		
Herr Uwe Wätzel		

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Michael Zeidler	SPD	Vertretung: Frau Gertrud Ewert bis 19:10 Uhr
Herr Thomas Wünsch	SKE	

**Gäste:**

zu TOP 4.1

Herr Dr. Pohlack	Beigeordneter GB II
Frau Roscher	amt. Fachbereichsleiterin FB 67
Frau Dr. Lange	FB 67

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
  - 4.1. Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen  
Vorlagen-Nr.: IV/2004/04345
  - 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung  
(FB 31, 32, 33 und 37)  
Vorlagen-Nr.: III/2004/04603
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### **Protokoll:**

**Herr Wehrich**, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die Sitzung, wünschte allen Anwesenden für das neue Jahr alles Gute und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Protokoll:**

**Herr Wehrich** bat, die Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen vor der Diskussion zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan zu behandeln. Ohne förmliche Abstimmung wurde der nachfolgenden Tagesordnung zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen  
Vorlagen-Nr. IV/2004/04345
- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung  
(FB 31, 32, 33 und 37) – Vorlagen-Nr. III/2004/04603
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

### **Protokoll:**

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

## zu 4 Vorlagen

---

### zu 4.1 Benutzungsatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen Vorlage: IV/2004/04345

---

#### Protokoll:

**Frau Dr. Lange** begründete die Notwendigkeit einer neuen Benutzungsatzung u. a. damit, dass die zurzeit gültige Satzung vom 25.11.1993 in einigen Punkten unzureichend und überholt sei. In der noch gültigen Satzung sei überhaupt nicht eingegangen worden auf die Inanspruchnahme von Grünflächen, u. a. für Baumaßnahmen, Großveranstaltungen. Ferner fehlte bisher die Aussage zur Gebührenpflicht bei Nutzung. Dies werde in der neuen Fassung mittels Gebührentarif geregelt. Ein heißes Thema sei die Problematik des Grillens im öffentlichen Raum. Es sei nicht möglich, sämtliche öffentlichen Grünanlagen dafür freizugeben. Mit der neuen Satzung solle das Grillen nicht untersagt, aber nur für bestimmte öffentliche Plätze erlaubt sein. Für die Saison 2005 sollen daher an bestimmten Stellen der Stadt öffentliche Grillplätze ausgewiesen werden. Bei der Erarbeitung der Vorlage sei die Problematik des Radfahrens intensiv mit der Unteren Verkehrsbehörde diskutiert worden. In Abstimmung mit der Unteren Verkehrsbehörde und dem FB 61 einigte man sich auf die Formulierung gemäß § 3 e).

Zunehmend werde beim Grünflächenamt der Wunsch geäußert, bei Familienfesten Feuerwerke auf Grünflächen durchzuführen. Daher wurde dies in die Satzung aufgenommen. Der Fachbereich werde dafür entsprechende Flächen ausweisen. Allerdings sei der Fachbereich nicht in der Lage, die Kontrollpflichten umfassend auszuüben und bittet daher um noch gezieltere Zusammenarbeit mit dem FB 32.

Gemäß dem Verfahrensvorschlag des **Herrn Wehrich** erfolgte eine Verständigung zu den einzelnen Paragraphen. Zu den nachfolgenden Paragraphen gab es Hinweise, Anregungen und Anträge:

#### **§ 2 – Begriff der öffentlichen Anlagen**

Zur Frage von **Frau Prof. Vent**, ob geöffnete Schulhöfe in den Paragraphen aufgenommen werden müssten, empfahl **Herr Dr. Rürup**, dies in den § 5 a) mit aufzunehmen. Die Mitglieder des Ausschusses stimmten diesem Vorschlag zu.

#### **§ 3 – Benutzung der Anlagen**

Diskutiert wurde über das Radfahren, insbesondere hinsichtlich der Wegbreite ab 2 m. So halten **Frau Prof. Vent** und **Herr Wehrich** die Regelung generell als nicht praktikabel.

**Frau Wolff** gab die unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten zu bedenken.

**Herr Misch** äußerte, dass gemäß StVO Kinder bis acht Jahren auf Fußwegen fahren müssen und bis zu zehn Jahren auf Fußwegen fahren können. Diese Regelung müsse auch in der Satzung Anwendung finden.

Gemäß dem **Antrag** von **Herrn Wehrich** soll die Ziffer e) des § 3 wie folgt formuliert werden:

e) durch Radfahrer. Sie haben sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.

Mit 9 Ja-Stimmen und  
2 Stimmenthaltungen

wurde dem Antrag **zugestimmt**.

#### **§ 4 – Unerlaubte Benutzung der Anlagen**

**Frau Wolff** stellte den **Antrag**, beim Punkt 7 „Wurfgegenstände“ herauszunehmen.

Mit 6 Nein-Stimmen und  
2 Stimmenthaltungen

wurde der Antrag **abgelehnt**.

**Herr Misch** ist der Meinung, dass der vierte Punkt nicht aufgenommen zu werden brauche, da er im § 1 (5) geregelt sei.

Der Vorschlag von **Herrn Schiller**, dass Wasseranlagen von Kindern genutzt werden könnten, wurde wegen der Verkehrssicherheitspflicht der Stadt abgelehnt. **Frau Roscher** verwies in dem Zusammenhang auf die in den Anlagen befindlichen technischen Ausrüstungen.

**Herr Misch** ist der Meinung, dass einige Umstände sowohl in der Gefahrenabwehrverordnung als auch in der Benutzungssatzung geregelt seien. Ferner ging er auf die Anregung Herrn Schillers ein und verwies darauf, dass Gefährdungen nicht auszuschließen seien.

Aufgrund der Diskussionsbeiträge einiger Ausschussmitglieder zur „doppelten“ Regelung schlug **Frau Dr. Lange** vor, im § 1 den Absatz (5) herauszunehmen und die dazu in der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale) enthaltenen Regelungen in die Benutzungssatzung einzuarbeiten.

**Herr Doege** erläuterte, dass die Gefahrenabwehrverordnung mögliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit auf Straßen, Wegen und Plätzen regelt, die öffentlich gewidmet seien. Die Grünanlagen seien daher von der Gefahrenabwehrverordnung nicht erfasst.

Eine intensive Diskussion wurde geführt zum Verbot, außerhalb der dafür eingerichteten Stellen Feuer zu machen bzw. zu grillen.

So war z. B. **Herr Kupke** der Ansicht, den Punkt 8. im § 4 völlig zu streichen.

**Frau Prof. Vent** ist der Ansicht, dass das Grillen nicht verboten werden könne und unterbreitete den Vorschlag, die gesamte Ziegelwiese für Grillpartys freizugeben.

**Herr Nowotny** schlug vor, im Bereich der Ziegelwiese/Würfelwiese 10 Grillplätze einzurichten.

**Frau Wolff** empfahl, Grillplätze gemäß Bedarf einzurichten und entsprechende Ordnungskräfte zur Kontrolle einzusetzen.

**Herr Misch** plädierte für die Beibehaltung der vorgeschlagenen Verwaltungsformulierung.

Der **Antrag** von **Herrn Kupke**, den Punkt 8. zu streichen , wurde mit

3 – Ja-Stimmen  
5 – Nein-Stimmen  
3 – Stimmenthaltungen

abgelehnt.

Da es mehrere Hinweise gab, dass der 8. Punkt dahingehend ergänzt wird, dass Grillbereiche auszuweisen sind, stellte **Herr Wehrich den Antrag**, über nachfolgende Formulierung abzustimmen: „**außerhalb der dafür eingerichteten Stellen und in den dafür zugelassenen Bereichen Feuer zu machen oder zu grillen.**“

Dieser Antrag wurde mit 9 – Ja-Stimmen

angenommen.

**Herr Dr. Fikentscher** ist der Ansicht, dass der Punkt 10. in der Formulierung geändert werden müsse, z. B. ohne Anlehnung oder an einer überlangen Leine.

**Herr Aldag** bezog sich auf ein Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichtes und ist der Meinung, dass der 10. Punkt differenzierter gefasst werden müsse.

**Frau Prof. Vent** stellte den Antrag, eine zeitliche Begrenzung in die Formulierung aufzunehmen und regte an, abgezäunte Hundewiesen einzurichten.

Der **Antrag** von **Frau Prof. Vent**, dass zwischen 08:00 und 22:00 Uhr nicht statthaft ist, Hunde unangeleint laufen zu lassen wurde mit

5 – Ja-Stimmen und  
5 – Nein-Stimmen

abgelehnt.

## § 5 – Spielplätze

Gemäß dem Hinweis von Dr. Rürup sind die „**geöffneten Schulhöfe**“ in **(2) a** aufzunehmen.

**Frau Prof. Vent** ist der Ansicht, das Rauchen auf den Spielplätzen zu verbieten. Dieser Meinung schloss sich **Herr Misch** nicht an.

Auf den Hinweis von **Frau Krischok**, den Begriff „Rauschmittel“ nicht zu verwenden, schlug **Herr Misch** die Bezeichnung „Betäubungsmittel“ vor.

Sodann erfolgte die Abstimmung über **zwei Anträge**.

Der **Antrag** von **Frau Prof. Vent**, auf den Spielplätzen das Rauchen zu verbieten, wurde mit

3 – Ja-Stimmen und  
4 – Nein-Stimmen

abgelehnt.

Der **Antrag von Herrn Misch**, „Rauschmittel“ mit dem Begriff „Betäubungsmittel“ zu ergänzen, wurde mit

3 – Ja-Stimmen und  
5 – Nein-Stimmen

abgelehnt.

## **§ 6 – Ausnahmeerlaubnisse**

Auf die Frage von **Frau Prof. Vent**, ob Werbemaßnahmen in Grünanlagen genehmigt werden müssten, antwortete **Frau Dr. Lange**. Sie begründete dies u. a. mit dem bestehenden Vertrag der Stadt mit DSM.

Sodann erfolgte die **Abstimmung** über die Satzung einschließlich der während der Diskussion abgestimmten Änderungen und Anregungen.

7 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Stimmenthaltung

## **zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung (FB 31, 32, 33 und 37) Vorlagen-Nr. III/2004/04603**

---

### **Protokoll:**

An Hand von Folien gab **Herr Doege** einen Gesamtüberblick des Haushaltes 2005 für den Geschäftsbereich III insgesamt und der einzelnen Unterabschnitte der Fachbereiche. Die Unterlagen wurden allen Mitgliedern des Ausschusses ausgehändigt. Als Anlage zum Protokoll wird die Übersicht des Verwaltungshaushaltes 2005 in Bezug auf **kostenrechnende Einheiten** der Vollständigkeit halber nachgereicht. Die zuständigen FachbereichsleiterInnen ergänzten die Ausführungen und beantworteten die Fragen der Ausschussmitglieder.

### **FB 31 Verwaltungshaushalt**

Die von **Herrn Dr. Yousif** getroffene Feststellung, dass bei den Grundmieten, Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten die Kosten überall gestiegen seien, könne nur vom ZentralenGebäudeManagement beantwortet werden, so **Herr Doege**.

In diesem Zusammenhang gab **Frau Balleyer** zur Kenntnis, dass es in ihrem Fachbereich aufgrund der Nichtinanspruchnahme von Räumlichkeiten zur Reduzierung der Ausgaben gegenüber den Vorjahren gekommen sei.

Die von den Ausschussmitgliedern erbetene Aufschlüsselung der Haushaltsstelle 62000 „Weitere besondere Sachausgaben“ ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

### **Vermögenshaushalt**

Die dem Ausschuss schriftlich vorliegende Korrektur für einige Haushaltsstellen des FB 31 wurde zur Kenntnis genommen. Vonseiten des Ausschusses gibt es dazu keinen Widerspruch.

### **FB 32**

#### **Verwaltungshaushalt**

Schwerpunkt der Diskussion zum Unterabschnitt 1100 – Öffentliche Ordnung – war die Einnahmenproblematik in Verbindung mit dem Rechenergebnis in 2004. **Herr Doege** informierte u. a., dass es sich bei den ausgewiesenen Beträgen, nicht um ein endgültiges Rechenergebnis handele, da bis 15.01.05 täglich Einnahmen hinzukämen.

Die Frage **Frau Krischoks**, was sich hinter „vermischte Einnahmen“ verberge, wird vom FB 32 schriftlich beantwortet.

Unter Bezugnahme auf den **UA 7300** verwies **Herr Misch** auf den seinerzeit im Innenausschuss an die Verwaltung erteilten Auftrag, den Weihnachtsmarkt kostenneutral durchzuführen.

**Herr Doege** informierte, dass die Verwaltung derzeit mit der Erarbeitung einer neuen Marktordnung befasst sei, die im Februar/März mit dem Händlerbeirat besprochen und selbstverständlich auch im Ausschuss beraten werde.

**Frau Krischok** stellte fest, dass die Personalkosten im Bereich der Märkte zwar sinken, aber der Stellenplan einen Aufwuchs von acht auf neun ausweise. Sie bat um Beantwortung.

Auf den **UA 3662 – Laternenfest** – eingehend, informierte **Herr Doege** über die Veränderung der Verantwortlichkeit und begründete dies. Ab 2005 sei der Geschäftsbereich IV für die Vorbereitung und Durchführung des jährlichen Laternenfestes verantwortlich.

### **FB 33**

#### **Verwaltungshaushalt**

Im Zusammenhang mit der Diskussion zum **UA 0510 – Statistik und Wahlen** – wurde die Verwaltung um schriftliche Auskunft über die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Volksentscheid am 23.01.05 gebeten.

**Frau Krischok** äußerte den Wunsch an die Verwaltung, dass dort, wo viel Publikumsverkehr ist, die Reduzierung von Personal nicht vorzunehmen. Daher sei es nicht günstig, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Fachbereich 33 3,5 Vollzeitstellen einzusparen.

#### **Vermögenshaushalt**

Zu den den Ausschussmitgliedern vorliegenden Information über die Veränderung zweier Haushaltsstellen gegenüber dem Planentwurf 2005 gab es keine Hinweise.

### **FB 37**

#### **Verwaltungshaushalt**

**Herr Misch** möchte wissen, wie viel Mittel der Jugendfeuerwehr 2005 zur Verfügung stehen.

**Frau Krischok** fragte nach der Aufteilung der 7.000 € (UA 1400, HHSt. 678000).

Beide Fragen werden schriftlich beantwortet.

**Herr Doege** informierte, dass sich die Verwaltung derzeit mit der Erarbeitung einer neuen Rettungsdienstgebührensatzung befasse, die dann gemäß Zuständigkeit dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vorgelegt werde. Eine förmliche Beteiligung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten werde nicht als notwendig angesehen. Daher würde der Ausschuss zu gegebener Zeit eine Information erhalten.

Mit dieser Verfahrensweise erklärte sich der Ausschuss einverstanden.

### **Vermögenshaushalt**

**Herr Doege** verwies auf den dringenden Innensanierungsbedarf an der Feuerwache 5 und halte es derzeit als einen unzumutbaren Zustand für die im 24-Stundendienst arbeitenden Bediensteten. Derzeit stehe diese Maßnahme auf der Sperrliste. Von dieser Sperrliste ist das Vorhaben unter dem Vorbehalt der Streichung eines anderen Vorhabens genommen worden.

Wenn die Stadt den Eigenmittelanteil nicht zur Verfügung stelle, würden die bereits zugesagten Landesmittel gestrichen werden.

### **Haushaltskonsolidierung**

Die Fragen von **Frau Krischok und Herrn Dr. Yousif** zur Haushaltskonsolidierung im FB 37 bzw. zur Gesamteinsparung im GB III wurden beantwortet.

## **zu 5      Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Herr Misch** informierte darüber, dass der ehemalige Landeskonservator sich an ihn gewandt habe wegen der Einstufung der Reinigungsklasse. In der Barfüßer Str. sei festzustellen, dass vor einigen Häusern ständig Autos parken würden und demzufolge nicht gereinigt werde. Er bat, dass die Verwaltung darüber nachdenken solle, wie man solchen Fällen begegnen könne.

**Herr Weihrich** bat um Informationen zum MZ-Artikel „Trothaer gehen wegen Fällungen auf Barrikaden“. **Frau Balleyer und Herr Hans** teilten u. a. mit, dass ein zweiter Rettungsweg vorgeschrieben sei. Der Vermieter – die HWG mbH – sei an den FB 37 herangetreten und bat die Stadt unter dem Aspekt der Fürsorgepflicht (Sicherheit) seiner Mieter, tätig zu werden.

## zu 6 Beantwortung von Anfragen

---

### Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

## zu 7 Anregungen

---

### Protokoll:

**Frau Krischok** bat um Berichterstattung zur Durchsetzung des Beschlusses zur Abschaltung von Straßenbeleuchtungen. **Herr Doege** verwies auf die Zuständigkeit des GB II, FB 66 und sicherte die Weiterleitung der Bitte zu.

## zu 8 Mitteilungen

---

### Protokoll:

Mitteilungen wurden nicht gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich  
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege  
Beigeordneter

Gudrun Beitz  
Protokollantin